



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgeblich und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gegennehmen konnte. Bei Siechen war er gestern schon wieder weg, als ich etwas verspätet eintraf. Dafür war einmal der Sanitätsrat da, ein zweifelhafter Erbsä, da seine Unterhaltungs-gabe aus Bockshaut zugeschnitten ist. Diesesmal zeigte er sich zunächst von einer ganz netten Seite. Er brachte das Gespräch auf meine Programmarbeit, was ich liebenswürdig finden muß, denn von seinen Kindern, auch den geistigen, redet man immer gern. Ich ließ mir also die Gelegenheit nicht entgehen, den Sanitätsrat über den Hiatus bei Joachim du Bellay gründlich zu belehren. Übrigens schien ihn weniger der Inhalt als die Entstehung meiner Arbeit zu interessieren.

Öfters lange in die Nacht hinein gegessen? fragte er. Stark geraucht? Viel schwarzen Kaffee getrunken wegen Anregung?

Ach, seien Sie unbesorgt! Das Kaffeetrinken Abends habe ich längst aufgegeben. Wie Sie sehen, gibt es edlern Stoff. Und der schmeckt und bekommt mir vorzüglich. Prosit!

Ja ja, erst mit Nikotin und Kaffee in Natur gewüstet, dann mit Alkohol vollends vergiftet.

Das war wieder der echte Sanitätsrat. Wie kann ein Mensch bei diesem Siechen-Göttertrank von Alkohol reden! Ich glaube, dieser Sanitätsrat ist instande, Scheffels Gaudeamus angewandte Druckerschwärze zu nennen.

Täten gut, fuhr er fort, Zeit lang ganz Alkohol (psui, schon wieder!) enthalten. Naturgemäße Lebensweise! (Was einer deutschen Natur am gemähesten ist, scheint dieser Sanitätsrat nicht zu wissen.) Könnte Ihnen Sanatorium empfehlen. In Schwarzes Reh bei Dresden. Bekam erst dieser Tage Ansichtskarte aus Schwarzes Reh. Von Wirklichem Geheimem Oberregierungsrat Wichtig. Nervenüberreizung. Verückend schöner Fall. Teils Dienst, teils Abfütterungen. Auf meinen Rat nach Schwarzes Reh gegangen. Mir ungemein dankbar. Paar Wochen dort, munter wie Fisch in Wasser.

Das mochte ein anderer aushalten. Ich rief den Kellner, um zu zahlen, und empfahl mich ziemlich verdrießlich. Beim Hinausgehen lief ich dem Kandidaten in die Arme.

Sie gehn schon? rief er schmerzlich enttäuscht.

Ich muß, sagte ich. Der Sanitätsrat legt es ja förmlich drauf an, mich wegzudrücken. Hält mir der Mensch da einen Vortrag über Alkohol und Sanatorium, weil ich nicht wie er stundenlang vor einem halben Glase sitze!

Der Kandidat fand wie gewöhnlich das rechte Wort zur rechten Zeit:

Ärgern Sie sich nicht weiter! Diesem Medizinnmann hätte der alte Fritz sicher zugerufen: Sauf Er auch!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. Gepriesen sei der Reichstag! Nicht etwa nur, weil durch seine Vertagung seine Mitglieder, der gesamte Regierungsapparat und das zeitungslisende Publikum eine ersehnte Erleichterung erfahren haben, sondern weil er die beiden Kolonialbahnen für Ostafrika und Togo angenommen und damit hoffentlich die Schwelle zu einer bessern Zeit für unsre Kolonien auch seinerseits überschritten hat. Bisher gab es für die Kolonialverwaltung, in der Heimat wie draußen in den Schutzgebieten, kaum ein größeres Schreckwort als „der Reichstag.“ Die Furcht vor ihm belastete alle noch so berechtigten Wünsche. Mit dieser Furcht ging man draußen an die Staatsaufstellung, dieselbe Empfindung beherrschte dann in Berlin die prüfenden Instanzen: die Kolonialabteilung, den Schatzsekretär und den Bundesrat. Kam das solchergestalt drei- und vierfach gesiebte Elaborat an den Reichstag, so verschwanden

dort nicht selten auch noch die letzten Rosinen aus dem Kuchen. Meidisch sah man in Windhuk, Dar es Salaam und an allen andern Gouverneursitzen auf Kiautschou, das dank seiner Pflegemutter, der Marine, so ungleich begünstigter emporwuchs und so sichtbar gedieh, daß sogar Herr Eugen Richter nicht umhin konnte, die praktische Folgerung zu ziehen — nicht etwa die naheliegende, mehr Geld zu bewilligen, sondern die weitere: die sämtlichen Schutzgebiete unter die Marine zu stellen. Jetzt haben nun wohl die Vorgänge in Südwestafrika belehrend auf den Reichstag eingewirkt. Die Verantwortlichkeit für Ablehnung von Eisenbahnen zu übernehmen, trägt nach den dortigen Erfahrungen doch mancher Abgeordnete mit Recht Bedenken. So bekam denn Togo seine Baumwollbahn und Ostafrika seine Erschließungsbahn von Dar es Salaam nach Mrogoro, die später hoffentlich ihre Fortsetzung bis an die Seen finden wird. Jedenfalls ist diese Bewilligung ein Ereignis. Verbunden mit dem energischen Eingreifen der Regierung in Südwestafrika bedeutet sie den Beginn eines neuen und voraussichtlich ergebnisreichen Abschnitts unsers Kolonialwesens. Kommt, wie zu hoffen steht, im nächsten Jahre auch Kamerun zu einer Eisenbahn oder den Anfängen eines Bahnnetzes, wird nach Beendigung des Aufstandes in Südwestafrika die Otavibahn energisch gefördert, das jetzige „Bähnchen“ Swakopmund-Windhuk in eine wirklich leistungsfähige Verfassung gesetzt, dann ist in allen unsern afrikanischen Schutzgebieten mit der wirklichen wirtschaftlichen Erschließung endlich Ernst gemacht. Es bleibt freilich sehr zu wünschen, daß künftige Unternehmungen sich auf eigne Füße, unabhängig von jeder Reichsgarantie, stellen, denn solange das deutsche Kapital nicht das Vertrauen in die Ertragsfähigkeit kolonialer Eisenbahnen hat, werden die verneinenden Parteien im Reichstage für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich nicht minder mißtrauisch zu verhalten. Das ist nun einmal bei uns des Landes so der Brauch.

Erfreulicherweise sind die verbündeten Regierungen auf eine Vertagung statt Schließung des Reichstags eingegangen. Es war das ein Entgegenkommen ebenso an die Wünsche des Hauses wie an die Geschäftslage. Die ersten Sessionen jeder Legislaturperiode sind erfahrungsmäßig am meisten dem Ablassen von überflüssigem Rededampf ausgesetzt, deshalb hat der Reichstag von seinen hundert Sitzungen beinahe die Hälfte, siebenundvierzig, für den Etat verbraucht, obwohl mit diesem irgendwelche bedeutendern Neuforderungen nicht verknüpft waren. Ein großer Teil des Zeitverbrauchs kommt dabei auf die umfangreichen sozialpolitischen Debatten beim Etat des Reichsamts des Innern. Im kommenden Winter treten die Handelsverträge, die Neuregelung des Quinquennats und wohl noch manches andre hinzu, sodaß die Fortsetzung der Session dem jetzt abgeschlossenen ersten Abschnitt inhaltlich bedeutend überlegen sein dürfte. Hoffentlich ist es auch mit dem Inhalt der Reden im Gegensatz zur Zahl der Fall.

Bis zum Winter hin wird sich auch die auswärtige Politik etwas übersichtlicher gestalten, als es in den verflossenen Monaten hin und wieder den Anschein hatte. Die Annahme ist wohl nicht unbegründet, daß der an Menschenleben so opferreiche russisch-japanische Krieg bis zum Herbst in das entscheidende Stadium gelangt sein wird. Je näher dann die Zeit des Friedensschlusses rückt, desto mehr könnte die Neigung in den Vordergrund treten, diesem ebenso wie den Friedensschlüssen von 1856 und 1878 einen internationalen Charakter zu geben. England dürfte dazu am meisten geneigt sein, da seine Interessen dort von allen am Kriege nicht beteiligten Mächten die größten sind. Es wird darüber gestritten, ob der neue englische Botschafter in Petersburg die guten Dienste Englands schon angeboten habe oder nicht. Wenn ja — so könnte das Anerbieten nur in vertraulicher, nicht amtlicher Weise erfolgt sein, denn es muß als völlig ausgeschlossen gelten, daß Rußland vor größern militärischen Erfolgen auf Verhandlungen eingeht, es sei denn, daß sie den Status quo ante zum Ziel haben, auf den wiederum Japan nur nach einer schweren Niederlage eingehen würde. Der russisch-japanische Krieg hat unstreitig mit dem Krimkriege insofern eine Ähnlichkeit, als jetzt, wie

auch damals, die feindlichen Hauptstädte nicht Gegenstand der militärischen Operationen sind noch sein können. Rußland wird auch im günstigsten Falle nicht daran denken, den Krieg nach Tokio zu tragen, sondern sehr zufrieden sein, wenn es ihm gelingen sollte, die Japaner zum Verlassen des Festlandes und zum Rückzug auf ihre Inseln zu zwingen. Den Rücktransport zu decken würde dann für die japanische Flotte eine weit schwierigere Aufgabe sein, als in diesen Monaten die Deckung der Landungstransporte gewesen ist, vorausgesetzt, daß es Rußland wirklich gelingt, mit einer kampfbereiten starken Ostseeflotte in Ostasien zu erscheinen. Denn die den Russen immer von neuem, sogar unter Vorspann Deutschlands, zugeschriebene Absicht, die Durchfahrt durch die Dardanellen für ihre Schwarzmeerflotte zu verlangen, kann nur solchen Politikern glaubhaft erscheinen, die das Interesse Rußlands an den Dingen auf der Balkanhalbinsel stark unterschätzen oder es durch die Entsendung jener Flotte nach Ostasien gelähmt zu sehen wünschen. Sogar an manchen Stellen in Petersburg gilt die Entsendung der Ostseeflotte nur für den Fall als zulässig, daß man einer zuverlässigen Neutralität Englands dauernd sicher ist. Ihrerseits haben die Japaner, auch wenn es ihnen gelingen sollte, über Charbin hinaus in das sibirische Gebiet vorzudringen, auch dort kein politisch bedeutsames Objekt. Je weiter sie sich vom Meere entfernen, desto größer werden für sie die Schwierigkeiten, zumal da sie mit frischen russischen Truppenmassen rechnen müssen, die von Europa her dort eintreffen, und die zudem ein weit besseres Soldatenmaterial enthalten als die sibirischen Regimenter. Japan kann also im günstigsten Falle Rußland aus der Mandschurei werfen und Port Arthur erobern, aber damit nur eine Situation erreichen, die Rußland als eine dauernde niemals annehmen wird.

Bei Beginn des Krieges haben die Grenzboten vor dem Japanismus gewarnt und darauf hingewiesen, daß unerwartete militärische Erfolge den ohnehin in Japan zum Teil vorhandenen politischen Größenwahn in nicht unbedenklicher Weise steigern könnten. Seitdem haben die Japaner durch die Umsicht ihrer Kriegsführung und durch den Heldennut ihres Heeres alle Welt in Erstaunen gesetzt und sich eine durchaus berechnigte Anerkennung erworben. Diese soll auch dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß die halbamtliche japanische Presse neuerdings gegen Deutschland einen Ton anschlägt, mit dem sie sich in der Adresse vergriffen hat. Die kölische Zeitung und der neueste Ostasiatische Lloyd berichten gleichmäßig darüber. Japanischerseits wird in sehr bestimmter Form „die Erwartung“ ausgesprochen, Deutschland werde in Zukunft nichts unternehmen, was gegen Japan gerichtet wäre, denn „Deutschland sei Japan in mancherlei Beziehung zu Dank verpflichtet (!); soweit deutsche Unternehmungen in Ostasien in Betracht kommen, sei Deutschland auf Japan angewiesen.“ Man sieht, wie schnell Japan nach der Rolle des arbiters im Stillen Ozean greift. Der Ostasiatische Lloyd hat diese journalistische Überhebung — für eine diplomatische kann man sie nicht ansehen — kurz, aber gebührend zurückgewiesen. Eine so „drohende Gestaltung der japanischen Druckerschwärze“ ist nicht recht verständlich. Ist man in Tokio darüber verstimmt, daß die deutsche Politik darauf verzichtet, die Schwierigkeiten Rußlands für sich auszunutzen und durch ein loyales freundschaftliches Verhalten Rußland die freie Verfügung über seine europäischen Armeekorps ermöglicht?

Die japanische Politik hat sich bisher als so klug und umsichtig erwiesen, daß wir die Annahme, sie könnte in solcher Weise die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, ablehnen. In welchen ostasiatischen Unternehmungen sollen wir von Japan abhängig sein? In Kiautschou oder mit den deutschen industriellen Unternehmungen in Schantung? Daß deutscherseits an Rußland Schiffe verkauft worden sind, bewegt sich ganz ebenso innerhalb der völkerrechtlichen Normen wie die großen Lieferungen der deutschen chemischen Industrie nach Japan, mögen diese immerhin den Weg über England nehmen. Auch hat Japan, so viel uns bekannt ist, bei dem Ausbruche des Krieges ebenfalls deutsche Schiffe gekauft oder gemietet, wenn

auch nicht in Hamburg, sondern in Ostasien. Über Deutschlands Haltung bei einem künftigen russisch-japanischen Friedensschluß weiß man heute in Berlin sicherlich so wenig wie in Tokio. Deutschland könnte dabei doch überhaupt nur dann aktiv mitwirken, wenn entweder der Friedensschluß durch einen Kongreß erfolgte oder wenn deutsche Interessen berührt würden. Sonst hat Deutschland selbstverständlich gar keinen andern Wunsch, als den Frieden in Ostasien möglichst bald und möglichst dauerhaft hergestellt zu sehen. Die Bedingungen der Dauer aber — und darin sind wir wohl mit den meisten Mächten einig — wären durch einen Frieden, der Rußlands Stellung in Ostasien stark beeinträchtigte, kaum gegeben, denn Rußland würde früher oder später darauf bedacht sein, die verlorne Stellung wiederzugewinnen. Japan hat allerdings erklärt, nur für die Integrität Koreas und Chinas zu kämpfen, aber die „Integrität“ Koreas würde zweifellos gleichbedeutend sein mit einem japanischen Protektorat; ebenso würde die Integrität Chinas doch wohl gleichfalls ein Überwiegen des japanischen Einflusses, wenn nicht mehr, bedeuten. Es sind das Begriffe, die erst völkerrechtlich fixiert werden müssen, und an deren Formulierung England, Amerika, Frankreich mindestens ebenso großes Interesse haben wie Deutschland. Was den „schuldigen Dank“ anbelangt, so hat der Ostasiatische Lloyd schon darauf hingewiesen, daß der Schüler dem Lehrer zu Dank verpflichtet zu sein pflegt, nicht umgekehrt.

Dieser publizistische Ausbruch übler Laune — für mehr kann man ihn, wie gesagt, nicht halten — beweist immerhin, daß draußen auf dem Weltmeere das Einsehen eines weit schärfern Windes, als er zurzeit in der kontinentalen Politik zu erwarten ist, weniger zu den Unmöglichkeiten gehört, und daß es nicht ratsam ist, unbewaffnet auf den Weltmarkt zu gehn. Es ist wohl mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß in den Unterredungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward die ostasiatischen Angelegenheiten eine Hauptrolle spielen werden. Französische Blätter haben zwar angekündigt, der König überbringe seinem kaiserlichen Neffen die Versicherung, daß die französisch-englische Entente nichts gegen Deutschland enthalte, aber gerade die Ankündigung macht die Tatsache wenig glaublich. Die französische Politik hat so starke Bedürfnisse nach Anlehnung, daß sie jetzt, wo ihr die russische Anlehnung auf absehbare Zeit keinen Nutzen gewährt, um so lieber nach der englischen gegriffen hat. Damit ist ein Beistand für Rußland in Ostasien ausgeschlossen, und England braucht insolgedessen gegen Japan keine bewaffneten Bündnispflichten zu üben. Damit haben beide Teile, England und Frankreich, erreicht, was ihnen am Herzen lag, und haben sich zugleich den Weg durch gegenseitige Zugeständnisse von recht verschiedenem Wert freigemacht.

g

Die gelbe Gefahr. Es war begreiflich, daß die Erfolge der Japaner den europäischen Zeitungen Gelegenheit geben würden, sich wieder über die sogenannte gelbe Gefahr auszulassen. Man fragt sich mit Besorgnis: Was soll aus dem Abendlande werden, wenn die Japaner das Dreihundert- oder Vierhundertmillionenreich der Mitte, diesen unerschöpflichen Ozean von Menschen, unter ihre Gefolgschaft bringen und dann alle die unzähligen Chinesen militärisch ausbilden? Daß ein solcher Gedanke etwas Beunruhigendes hat, läßt sich nicht bestreiten. Sehen wir uns jedoch die Dinge etwas näher an, so verlieren sie den größten Teil ihres schreckhaften Wesens.

Zunächst muß immer wieder betont werden, daß die Chinesen kein kriegerisches Volk sind und sich auch schwerlich dazu erziehen lassen. Eins von ihren vielen guten Sprichwörtern sagt: Die Berge verändern ihre Gestalt, und die Flüsse wechseln ihren Lauf, aber die angeborenen Sitten der Menschen bleiben immer dieselben. Würde das jetzige chinesische Reich von einem Volke bewohnt von ähnlicher Angriffslust, wie sie früher die Türken und die Mongolen hatten, ja dann wäre es berechtigt, von einer sehr ernststen Gefahr zu reden. In Europa scheint man

den unheimlichen Gedanken nicht ganz loswerden zu können, das alte Asien, aus dem die Hunnen bis tief in unsern Erdteil hinein, dann die Mongolen bis nach Peking, und die Türken zweimal bis vor Wien vorgeedrungen sind, könne uns über kurz oder lang in ähnlicher Weise überfallen. Die Chinesen werden jedoch kaum zu einem solchen Unternehmen geeignet sein.

Zwar gibt es manche urteilsfähige Menschen, die meinen, daß sich aus ihnen die besten Soldaten der Welt machen ließen. Der englische Feldmarschall Lord Wolseley ist wohl der Hauptvertreter dieser Ansicht und hat sich auch durch den Krieg zwischen Japan und China mit seinen für das chinesische Heer so kläglichen Ergebnissen nicht irre machen lassen, weil er alle Schuld auf die schlechten Offiziere schiebt. Nun ist es allerdings richtig, daß die Militärmandarinen nichts taugen. Die Annahme, chinesische Soldaten würden unter besserer Führung mehr leisten, läßt sich deshalb nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Aber ob ihnen auch durch noch so viel Drill ein wirklich kriegerischer Geist, der diesem friedliebenden Volke nun einmal abgeht, eingeimpft werden könnte, ist trotzdem recht fraglich. Nach meiner Meinung werden die Chinesen auch durch den besten Drill nicht lernen, die schwerste Probe, die an einen Soldaten gestellt werden kann, zu bestehen, nämlich die, nach einer verlorenen Schlacht eine gute Haltung zu bewahren. Was mich zu einer solchen Auffassung führt, ist folgende Erwägung. An der chinesischen Küste finden wir schon seit Jahrzehnten etwas, was dem gefürchteten chinesischen Millionenheer der Zukunft ganz analog ist: chinesische Mannschaft unter fremden Offizieren. Kapitäne von Handelsschiffen der verschiedensten Nationalitäten haben mir übereinstimmend gesagt, sie zügelten chinesische Matrosen allen andern vor, weil sie gehorsam, gutwillig, arbeitslustig, nüchtern und anspruchslos waren. Ein hohes Lob! Aber die Sache hat eine böse Rehrseite. Wenn ich nämlich fragte, wie es denn in der Stunde der Gefahr mit diesen gerühmten Matrosen stünde, dann war gewöhnlich nur ein vieslagentes Achselzucken die Antwort. Denn Duzende von Fällen haben es immer wieder bewiesen, daß dieselben Menschen, die ihren Offizieren unter gewöhnlichen Umständen aufs Wort gehorchen, bei einem Schiffsbruche fast immer zu einer auffälligen und meuterischen Bande werden, mit der nichts mehr anzufangen ist, weil sie nur an ihre eigne Rettung denkt.

Hierzu kommt noch etwas andres. Es ist nicht schwer, den Chinesen einen gewissen Drill beizubringen. Deutsche Offiziere, die in China gewirkt haben, werden kaum über Widerhaarigkeit der Soldaten klagen können, desto mehr aber über die Eifersucht der Militärmandarinen, die ihnen schon oft alle Freude an der Sache völlig verdorben hat. Mancher hat nur aus diesem Grunde seinen Posten aufgegeben. Sobald jedoch die straffe fremde Zucht aufhört, dann setzen wir solche Truppenteile fast immer rasch wieder in den alten Schlendrian zurückfallen. Dies wird von keiner Seite bestritten. Soll deshalb ein chinesisches Millionenheer kriegstüchtig werden, so ist dafür die erste Bedingung, daß es nicht nur vorübergehend, sondern dauernd fremde Führer habe. Welches Land kann hierfür aber zwanzig- bis dreißigtausend Offiziere und Unteroffiziere abgeben? Denn so viele würden jedenfalls nötig sein. Das kann kein Land, auch Japan nicht.

Aus den angeführten Gründen ist also die gelbe Gefahr, wie man sie gewöhnlich versteht, kaum zu fürchten. Nicht der uniformierte, wohl aber der nicht uniformierte Kuli kann gefährlich werden, was man in Amerika und in Australien auch schon längst eingesehen hat.

Schanghai, im Mai 1904

Die Deutschen in Ungarn. Ein kluger Magyar, Dr. S. Radó, unternimmt es in seiner Broschüre „Das Deutschtum in Ungarn“ (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1903) die Reichsdeutschen über den ungarischen Nationalitätenkrieg aufzuklären und zu beruhigen. Der Versuch des Absolutismus, die ungarischen Nationalitäten zu germanisieren, sei gescheitert. Auf eine Staatsprache

zu verzichten, sei unmöglich, weil der Nationalitäten sieben seien, und man den Mitgliedern der Behörden nicht zumuten könne, daß jedes sieben Sprachen spreche und schreibe, weil keine der Nationalitäten ein geschlossenes Gebiet bewohne (die Deutschen bewohnten eine größere und fünfzehn kleinere Sprachinseln, von denen jede mit Ansiedlungen anderer Nationalität durchsetzt sei), und weil jeder der Nationalitätenplitter nach der außerhalb des Staates wohnenden Hauptmasse seiner Nationalität gravitiere. Namentlich die achtzig (?) Millionen Deutschen seien eine gefährliche Nachbarschaft und bedrohten den schwächern Nachbarn durch das bloße Übergewicht ihrer Zahl und Kultur. Es bleibe also, wenn man den ungarischen Staat wolle, nichts übrig als die ungarische Staatsprache. Das sahen auch die Gebildeten aller Nationalitäten ein und magyarisierten sich gern und freudig; hauptsächlich die „rückständigen“ sächsischen Bauern widerstrebten. Ein organischer Völkerebildungsprozeß sei im Gange. Die Regierung tue wenig dazu und könne wenig tun. Ehedem sei, zum Schmerz aller patriotischen Ungarn, das Magyarische von den die Schulen autonom beherrschenden Konfessionen aus dem Unterricht verbannt gewesen, und die Schule zum Tummelplatz einer staatsfeindlichen Agitation gemacht worden; erst 1879 habe die Regierung angeordnet, daß in allen Schulen die ungarische Sprache in wöchentlich zwei Stunden als Lehrgegenstand behandelt werden solle, und auch jetzt beschränke sie sich auf sehr bescheidne Forderungen. Von Zwangsmagyarisierung, von Gewaltmaßregeln sei keine Rede. Am wenigsten hätten die 200 000 Sachsen Grund zu Beschwerden, die sechzehn Abgeordnete in den Reichstag schickten, während im Durchschnitt auf 35 000 Einwohner ein Abgeordneter falle. „Es ist eine böswillige Unterstellung, wenn man unsern Widerstand gegen das Schreckbild der Germanisation als Deutschenhaß denunziert. Wir hassen nicht die Deutschen, wir bekämpfen und fürchten nur die Germanisation.“ Die amtlichen Kreise Deutschlands verhielten sich zwar untadlig korrekt und loyal, aber da sie die pangermanische Agitation nicht einzudämmen vermöchten, so bleibe den Ungarn nichts übrig, als sich ihrer Haut zu wehren und die Agitatoren zu bestrafen, wie sie es verdienen. Wenn die Reichsdeutschen über alle Deutschen auf dem Erdenrund eine Schutzherrschaft ausüben wollen, so stellten sie damit einen revolutionären Grundsatz von unberechenbarer Tragweite auf, und auch solche, die das Alldeutschtum formell ablehnten, schienen diesem Grundsatz zu huldigen. Von allen Gegnern sei den Ungarn Professor Haffe der liebste; man wisse bei ihm doch, wie und wo; er spreche offen, ohne Hehl und Zweideutigkeit.

Das alles klingt sehr plausibel; man muß es dem Verfasser lassen: er argumentiert vom magyarischen Standpunkt aus vernünftig, beinahe überzeugend, und er spricht im anständigsten Tone. Ob alles einzelne, was er anführt, genau der Wahrheit entspricht, mögen die Landeskundigen entscheiden. Im Reichstage machen die Ungarn nicht den Eindruck so sanftmütiger, gutherziger, weichmütiger Lämmer, als die sie Radó darstellt. Das ist jedoch ebenso Nebensache wie die nicht immer besonders kluge alldeutsche Agitation. Die Frage ist, ob es einen Sinn hat, auf der heutigen Stufe des Weltverkehrs eine neue Nationalität mit einer barbarischen, dem indogermanischen Sprachstamme fremden Sprache schaffen zu wollen. In Nordamerika sehen wir eine neue Nationalität entstehen, aber die spricht eine Weltsprache. Die Ungarn selbst müssen deutsch sprechen und schreiben, wenn sie über ihren kleinen Staat hinaus verstanden werden wollen, und der gebildete Rumäne, der Kroat, der Slowake muß also, vom Englischen und Französischen abgesehen, zwei neuere Sprachen lernen, die magyarische und die deutsche. Das ist ein bißchen viel und wird auf die Dauer unbequem werden. Vielleicht werden die Magyaren selbst, obwohl sie immer noch besser daran sind als ihre Slaven, zu allererst die Unbequemlichkeit empfinden und sich fragen, ob sie nicht klüger getan hätten, bei der Praxis ihrer Großväter zu bleiben, die, wenn sie nicht gerade mit ihren Bauern redeten, sich entweder der deutschen oder der lateinischen Sprache bedienten. Falls einmal große historische Strömungen den Ungarnstaat wegschwemmen sollten,

wird ihn der schönste Protest in klassischem Magyarisch nicht retten, und so lange solche Strömungen ausbleiben, wird der ungarische Staat fortbestehn, mag auch kein Mensch mehr darin den tatarischen Dialekt sprechen.

Nachträglich lesen wir, daß der ungarische Kultus- und Unterrichtsminister einen neuen Volksschulgesetzentwurf hat ausarbeiten lassen, wonach in den Staatsschulen das Magyarische ausschließliche Unterrichtssprache sein soll, die Konfessionsschulen verpflichtet werden, einen magyarischen Parallelunterricht einzuführen, wenn sie zwanzig Prozent Schüler mit magyarischer Muttersprache haben, und die Lehrer mit harten Disziplinarstrafen bedroht werden, wenn sie nicht alle ihre Schüler binnen sechs Jahren so weit bringen, daß sie fertig magyarisch sprechen und schreiben. Das ist die Regierung, die nach Kádó wenig tut und kaum mehr tun kann, als der natürlichen Entwicklung freien Lauf lassen!

Deutsche Rechtsaltertümer in unsrer heutigen deutschen Sprache. Die interessanten Ausführungen, die unter dieser Überschrift im Jahrgang 1903 der Grenzboten erschienen, möchte ich in einem Punkte erweitern. Dieselben leiteten (S. 661) die Redensart „einen Span wider jemand haben“ von der Gepflogenheit der Femgerichte ab, gefährliche persönliche Ladungen des Angeklagten durch eine Citatio ad domum zu erzeigen, bei der unter andern Förmlichkeiten auch Späne aus der Tür gehauen wurden. Wenn auch nicht bezweifelt werden soll, daß ein Zusammenhang auch zwischen dieser Gepflogenheit und der Redensart besteht, so kann man doch kaum annehmen, daß sich an eine immerhin kurzlebige (Ende des vierzehnten sowie im fünfzehnten Jahrhundert) und nur in Westfalen zu voller Entfaltung gelangte Einrichtung allein eine in deutschen Landen weit verbreitete Redensart anschließen und fünf Jahrhunderte fortleben konnte. Insbesondere kann man das für Süddeutschland nicht annehmen.

In der Tat konnte man im ältern deutschen Recht auch noch in einem andern Sinn „einen Span wider jemand haben.“ Hatte jemand wiederkehrende Abgaben von einem Grundstück (Reallasten, Gülten, Ewiggelber, Zinsen) zu fordern, und zahlte der Grundstücksbefitzer nicht in Güte, so erwirkte der Gläubiger vom Gerichte den Auftrag an den Gerichtsboten, an dem belasteten Grundstück den Span- oder Wagenschnitt vorzunehmen, d. h. der Gerichtsbote mußte zum Symbol der beginnenden Zwangsvollstreckung aus dem belasteten Haus einen Span, aus dem belasteten Grund ein Stück Wagen (bayrisch = Wagen mit Erde) ausschneiden und diese Objekte dem Gläubiger einhändigen oder zu Gericht bringen. Dieses Verfahren war weithin in Deutschland von alters her üblich; für Norddeutschland bezeugt es zum Beispiel Pauli (Wieboldbrenten, Lübeck 1865, S. 94). Weit im deutschen Osten, in Mähren, bestimmt die Olmüßer Gerichtsordnung (um 1550) in Teil I Art. X: „Erlegt der Beklagte in den dreihen tagen*) die erbgülde nicht, und Klager kombt noch verscheinunge der dreither tage widerumb zu gerichte, so erlegt ehr dem Gerichte die gerechtigkeit**) . . . und leßt den nochrichter den selben grund spaehnen, das ist: ehr schneidet einen Spahn aus der tueren oder tuergericht und gibt in dem Kaege.“ Dasselbe beobachten wir auch im deutschen Süden, zum Beispiel in Altbayern, wo der Spanschnitt seit uralten Zeiten als Symbol dafür in Brauch war, daß man dem Schuldner seine Güter zwangsweise nehme. Kaspar von Schmid, der Kommentator der bayrischen Gesetzgebung von 1616, spricht von antiqua consuetudo (vergl. Comment. ad edictalem processum tit. 3 art. 2 n. 2). Die Gantordnung der Stadt München von 1571 enthält für den Ewiggeldprozeß in Art. 2 den Span- oder den Wagenschnitt als Förmlichkeit des Verfahrens. In gleichlautenden Bestimmungen trifft die bayrische Landesordnung von 1578 und der Gantprozeß von 1616 Vorfrage, daß von der Obrige-

*) Eine Frist, die ihm auf Verlangen eingeräumt werden mußte.

**) Gebühr.

keit, wenn der Besitzer des belasteten Grundstücks in der ihm gesteckten Frist nicht zahle, „dem Clager auff vernerz anhalten span oder wasen auff dem unndterpfand entlich vergunt werden sol.“ Die Förmlichkeit reicht aber in frühere Perioden hinauf. In einem Zusatzartikel zu Kaiser Ludwigs des Bayern Oberbayrischem Stadtrecht von 1334 (1347) findet sich: „Wenn ainem ain haus oder ain ander aigen zu pfant wirt geantwurt mit dem rechten, daz im ain span davon wirt geantwurt, daz sol zu sölicher maz gant werden usw.“ Ebenso erwähnen die niederbayrischen Statutarrechte von Landshut und Straubing aus dem vierzehnten und dem fünfzehnten Jahrhundert den Spanschnitt als etwas Bekanntes.

Besonders interessant ist jedoch die Beobachtung, daß noch im Mittelalter mit dem Worte „Span“ die Bedeutung „Streit, Zwistigkeit,“ also die jetzt noch damit verbundene Bedeutung gegeben war. Wenigstens in bairischen Urkunden aus dem fünfzehnten Jahrhundert läßt sich diese Anwendung geradezu passim nachweisen. In der Regel erscheint das Wort mit einem Synonym, also „span (spen, speen, spenn) und trug,“ „stritt und spen,“ „zwahung und spenne“ usw. Die früheste mir bekannte Anwendung finde ich in einer Urkunde Herzog Albrechts, gegeben zu München den 8. April 1443. Aus der dort gebrauchten Form „von solicher zwahung und spenne wegen“ kann man auf einen schon festgebildeten Sprachgebrauch schließen, und es kann wohl nicht schwer sein, noch frühere Anwendungen in Archiven usw. zu finden.

Jedenfalls dürfte die Annahme nicht von der Hand zu weisen sein, daß man die Bildung der Redensart weniger von den Gepflogenheiten der Femgerichte als von dem Gebrauch des Spänens der verganteten Häuser ableiten kann. Bemerkt mag noch werden, daß Lexer, Mittelhochdeutsches Handwörterbuch (Leipzig, 1876) ein „span“ = Spannung kennt (armbrustes span).



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.

